

2 Theoretische Rahmung der Studie

Das folgende Kapitel beschäftigt sich in einem ersten Teil mit dem Forschungsstand im Bereich des politischen Engagements von Jugendlichen sowie ausgewählten aktuellen Befunden zur Thematik. Im zweiten Teil werden zentrale Erklärungsansätze dargelegt, während sich der dritte Teil den Grundbegriffen der Studie zuwendet.

2.1 Jugend und politisches Engagement: Zum Stand der Forschung

Politisches Engagement wird heute als ein zentraler Faktor für eine funktionierende Demokratie angesehen, „denn nur wenn Menschen sich engagieren, können sie sich entfalten und sich von Untertanen in Bürger verwandeln“ (van Deth 2005: 3). Angesichts einer niedrigen Wahlbeteiligung und eines (vermeintlichen) Desinteresses an politischen Themen scheint es notwendig, sich mit Ursachen und Auswirkungen von politischen Handlungen und Einstellungen Jugendlicher zu beschäftigen. Auch wenn der Begriff des politischen Engagements erst in den 1980er Jahren populär geworden ist (Behr et al. 2000), gibt es verschiedene ältere Forschungsstränge, die sich mit diesem Phänomen auseinandersetzen und ein breites Spektrum von Analyseinstrumenten geschaffen haben (vgl. Priller 2010: 205–208). Als besonders wichtig erscheinen dabei die politische Partizipations-, die Sozialisations-, Bewegungs- und Engagementforschung, die den Gegenstand aus unterschiedlichen Blickwinkeln betrachten und die im Folgenden dargestellt werden.

2.1.1 *Politisches Engagement im Schnittpunkt der Forschungsansätze*

Eine sinnvolle Untersuchung des politischen Engagements von Jugendlichen setzt in der Regel erst ab der vorletzten Jahrhundertwende an, da erst in diesem Zeitraum Jugendliche als eigenständige politische Akteure entdeckt wurden (vgl. u. a. Reulecke 1986). Besonders bekannt sind in diesem Zusammenhang die zu Beginn des 20. Jahrhunderts in Deutschland entstandenen Jugendbewegungen, die sich als

Gegenbewegung zur zunehmend als Bedrohung empfundenen Industrialisierung und Modernisierung verstanden. Die Jugendbewegungen waren zwar kultur- und gesellschaftskritisch, werden aber eher als politisch neutral betrachtet (vgl. Laqueur 1983: 90). Erst in der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg und im Nationalsozialismus kam es zu einer verstärkten Politisierung der Jugend (vgl. Scherr 2009: 60–65).

Durch die sozialen und politischen Veränderungen in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen stieg auch das Interesse an einer wissenschaftlichen Untersuchung von jugendlicher Beteiligung an der Politik. Zur Erklärung von sozialen Bewegungen¹ waren zu dieser Zeit vor allem der marxistische und der massenpsychologische Ansatz dominant. Im Marxismus verstand man soziale Bewegungen als kollektives Handeln, dem eine eigene Rationalität zukommt und das sich durch die Selbstwidersprüchlichkeit der gesellschaftlichen Verhältnisse begründet sieht (Hellmann 1998: 12). Die marxistische Tradition brachte dabei unter anderem die Verbindung von sozialen Bewegungen und gesellschaftlichen Konflikten, und ihre Verbundenheit mit der Sozialstruktur der Gesellschaft als Erklärungsraster in den sozialwissenschaftlichen Forschungsdiskurs ein. Bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts gab es jedoch keine speziellen Erklärungsansätze für die Beteiligung Jugendlicher an sozialen Bewegungen, da im marxistischen Diskurs die Meinung vorherrschend war, dass die Lebenssituation nur durch die Klassenzugehörigkeit bestimmt sei.

Die zweite Perspektive der Erklärung von Bewegungen beruht auf den Ideen der Massenpsychologie wie sie vor allem durch Le Bons „Psychologie der Massen“ (1895) populär wurde. Hiernach wird eine soziale Bewegung überwiegend als kollektives Verhalten verstanden, welches von Affekten und Ängsten geleitet ist. Aus dieser Sichtweise ergibt sich eine Kritik an sozialen Bewegungen, wonach das (verängstigte) Individuum in der Masse aus irrationalen Motiven heraus kollektiven Protest ausübe (Hellmann 1998: 11f.; Willems 1997).

Dennoch werden, auf dieser frühen Bewegungsforschung aufbauend, eine ganze Reihe von Fragen entwickelt, die den besonderen Blickwinkel auf die Erklärung von politischem Engagement deutlich machen können. Diese zentralen Fragen lauten: Was ist eine soziale Bewegung? Wie kommt es zu Protest? Wer nimmt daran teil und weshalb? Wie funktioniert Mobilisierung und was sind die Bedingungen erfolgreicher Mobilisierung? Welcher Einfluss kommt der Gesellschaft und speziell der Politik zu, wenn es um die Entstehung und Entwicklung von Protestbewegungen geht, und wovon hängt der Erfolg einer sozialen Bewegung ab (Hellmann 1998: 9)?

¹ Eine verbreitete Definition sozialer Bewegungen liefern Roth und Rucht (2002: 297): „Soziale Bewegungen sind auf eine gewisse Dauer gestellte und durch eine kollektive Identität abgestützte Versuche von Gruppen, Organisationen und Netzwerken, grundlegende gesellschaftliche Veränderungen überwiegend mit Mitteln des öffentlichen Protests herbeizuführen oder zu verhindern“. Zur Geschichte der sozialen Bewegungen u. a. Rammstedt (1978); Kern (2008).

Einen anderen Blickwinkel auf politisches Engagement nimmt die in den 1940er Jahren entwickelte Partizipationsforschung ein, bei der zunächst nach Erklärungen von Wahlverhalten und Stimmabgabe gefragt wurde (Hoecker 2006: 15). So wurden erstmals für Wahlforschungen Umfragen in den ganzen USA durchgeführt (Schnell 2005: 37ff.). Als Meilenstein der Partizipationsforschung gilt Lester Milbrath (1965) mit seiner Arbeit „Political Participation: How and Why Do People Get Involved in Politics?“, in der er international vergleichend die bisherigen Ergebnisse der Wahl- und Partizipationsforschung zusammenträgt. Anders als die Bewegungsforschung ist diese Forschungstradition in einem demokratischen, auf Wahlen beruhenden System eingebunden und fragt nach der Teilhabe der Bürger an diesem System. Wenngleich es Unterschiede in der Frage gibt, wie groß diese sein sollte, sind sich die Partizipationsforscher doch einig, dass die Beteiligung der Bürger in einer Demokratie prinzipiell wichtig und notwendig ist. Unter politischer Beteiligung versteht Kaase (1987: 136) daher „diejenigen Handlungen, die Bürger freiwillig mit dem Ziel vornehmen, Entscheidungen auf den verschiedenen Ebenen des politischen Systems zu beeinflussen“. In der Partizipationsforschung dominieren Meinungsumfragen auf der Basis von repräsentativen Bevölkerungsstichproben mittels standardisierter Erhebungsinstrumente. Zudem werden aber auch Aggregatdaten analysiert und zunehmend qualitative Methoden integriert, um Problemzusammenhänge verdeutlichen zu können (Hoecker 2006: 13f.).

Ein weiterer Forschungsstrang, der sich nach dem Zweiten Weltkrieg durchsetzte, ist die politische Sozialisationsforschung. Während sich bereits in den 1930er Jahren einige Untersuchungen mit dem politischen Lernen bzw. der Entwicklung politischer Orientierungen befassten, wird der Begriff der politischen Sozialisation Ende der 1950er Jahre durch Herbert H. Hyman und seine Publikation „Political Socialization. A Study in the Psychology of Political Behavior“ (1959) bekannt gemacht. Hieran knüpften die ersten empirischen Untersuchungen der politischen Sozialisationsforschung an, wobei anfangs vor allem der Versuch im Vordergrund stand, die ‚misslungene‘ Sozialisation jener Generation, die den Nationalsozialismus möglich gemacht hatte, zu erklären (Meyer 2003). Des Weiteren gab die Idee der Erziehung zur demokratischen Persönlichkeit Anstoß für die Erforschung der Prozesse von politischer Sozialisation (Greiffenhagen, Greiffenhagen 2002: 409). Die psychoanalytisch geprägte Forschung zur autoritären Persönlichkeit, die in den 1930er Jahren von Vertretern der Kritischen Theorie betrieben wurde, versuchte die Ausbreitung des Faschismus sozialpsychologisch zu analysieren (z. B. Adorno et al. 1950; Fromm et al. 1936).

Die anfänglichen Studien zur politischen Sozialisation fokussierten vor allem auf die Bedeutung der Familie. Sie wird als entscheidende Instanz für die Entwicklung der für politisches Handeln als relevant erachteten Persönlichkeitsmerkmale angesehen (Hopf, Hopf 1997). Ein großer Vorzug der politischen Sozialisationsforschung liegt in ihrem interdisziplinären Zuschnitt. Sie verbindet Soziologie,

Politikwissenschaft, Pädagogik und Psychologie und integriert damit verschiedene theoretische Zugänge sowie psychoanalytisch geprägte, lerntheoretische, entwicklungspsychologische und rollentheoretische Ansätze (vgl. Priller 2010: 199). Der (politischen) Sozialisationsforschung gelingt es zudem, politisches Engagement auch vor dem Hintergrund individueller Lebenslagen und eingebettet in biografische Zusammenhänge zu erklären.

Eine zentrale Studie, die die politikwissenschaftlichen Forschungszweige befruchtet hat, ist die strukturalistisch ausgerichtete Civic Culture-Studie (Almond, Verba 1963). In einer internationalen Vergleichsstudie suchten Almond und Verba dabei nach Gründen für den Zusammenbruch bzw. den Erhalt demokratischer Systeme vor dem Zweiten Weltkrieg in fünf verschiedenen Ländern. Sie betonten hierfür den Zusammenhang zwischen dem politischen System und der politischen Kultur eines Landes, die sie als eine spezifische „Verteilung individueller Orientierungen auf politische Objekte unter den Mitgliedern eines Kollektivs“ definierten (Greiffenhagen, Greiffenhagen 2002: 390). Auch Erklärungsvariablen wie politisches Wissen, subjektive politische Kompetenz und soziale Aktivität wurden in die Partizipationsforschung eingeführt (vgl. Hoecker 2006: 16).

Zu einem Paradigmenwechsel in den genannten Forschungssträngen kam es in den 1960er Jahren. Gründe hierfür waren in erster Linie gesellschaftliche Veränderungen. So mischten sich die Bürger und insbesondere junge Menschen stärker in die Politik ein, vor allem mit neuen außerparlamentarischen Protestformen. Die Jugendlichen standen der politischen Elite zunehmend kritischer gegenüber (vgl. das Konzept der skeptischen Generation von Schelsky [1957]). Gleichzeitig wird ein postmaterialistischer Wertewandel konstatiert (vgl. Inglehart 1971). Es entstanden sogenannte Neue Soziale Bewegungen, worunter politische Gruppierungen gefasst wurden, die im Zuge der Studentenbewegungen aufkamen und überwiegend postmaterialistische Ziele verfolgten (vgl. Geißel, Thillman 2006: 161). Diese Veränderungen hatten auch Auswirkungen auf die Partizipationsforschung. So wurde durch diese partizipatorische Revolution (Kaase 1982) der Blick der Wissenschaft auf politische Aktivitäten gerichtet, die nicht dem etablierten institutionalisierten politischen Prozess zuzurechnen sind. Bedeutend ist unter anderem die Political-Action-Studie von Barnes und Kaase (1979), die erstmals Formen unkonventioneller Beteiligung systematisch untersuchte. Durch diesen erweiterten Blick auf politische Teilhabe kam es vermehrt zu Überschneidungen mit der Bewegungsforschung, die sich ja bereits zuvor mit nun als unkonventionell bezeichneten Formen des politischen Handelns beschäftigte.

Aber auch in der Bewegungsforschung erfolgte ein Paradigmenwechsel. So stellt die Ressourcenmobilisierungstheorie (McCarthy, Zald 1977) die vermeintliche Irrationalität von Protest in Frage. Sie begreift Protestbewegungen als reguläres Element des politischen Systems und sieht ihre Mitglieder als rational handelnde Akteure an. Dabei orientiert sie sich stark an den Annahmen des Rational-Choice-

Paradigmas. Der Ressourcenmobilisierungsansatz kritisiert außerdem die Fokussierung auf Unzufriedenheit als Ursache für Protest in der vorangegangenen Forschung. Er geht vielmehr davon aus, dass in einer Gesellschaft immer ausreichend Unzufriedenheit vorhanden sei und das Auftreten von Protesten in erster Linie von gesellschaftlicher Unterstützung bzw. Einschränkung abhängt (Buechler 2011: 117). Mit der Ressourcenmobilisierungstheorie verschiebt sich das Erkenntnisinteresse auf die Mechanismen der Protestmobilisierung und ihr größter Verdienst ist die Wahrnehmung von Protestakteuren als rational handelnde Individuen bzw. Gruppen.

Die Rationalität von Protestakteuren wird auch im Political Process-Ansatz, der vor allem durch Tilly (1978), McAdam (1982) und Tarrow (1994) geprägt wurde, betont. Der Ansatz fokussiert jedoch stärker auf den politischen Kontext und fragt danach, welche Bedingungen (Gelegenheitsstrukturen) außerhalb der Bewegung für ihren Erfolg oder Misserfolg entscheidend sind (vgl. Herkenrath 2011: 63f.; Willems 1997).

Die politische Sozialisationsforschung hatte sich bis in die 1960er Jahre hinein stark an den USA orientiert. Angestoßen durch die gesellschaftlichen und politischen Veränderungen in den 1960er und 1970er Jahren (partizipatorische Revolution, 68er Bewegung) rückten neue Fragen in den Vordergrund wie die Reformierung des Systems bei gleichzeitiger Bindung an Demokratie und Rechtsstaat (Greiffenhagen, Greiffenhagen 2002: 409f.). Insbesondere die Vertreter der Kritischen Theorie bemängelten an der vorangegangenen Sozialisationsforschung, dass sie die Lernprozesse der Sozialisationssubjekte nur als Bedingung für den Erhalt des Status quo untersucht hatten und die bestehenden Verhältnisse damit bestärkt, anstatt diese kritisch reflektiert hätten. Eine weitere Kritik richtete sich gegen die Ausklammerung des Politischen aus der allgemeinen Sozialisation, durch die die politische Relevanz des vermeintlich Privaten negiert würde (Hopf, Hopf 1997: 17).

Neuere Untersuchungen der politischen Sozialisation fokussieren u. a. auf die nachlassende Bereitschaft zur politischen Partizipation, auf Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit und auf Unterschiede zwischen neuen und alten Bundesländern (Meyer 2003). Ein umfassendes Sammelwerk zur politischen Sozialisation haben Claußen und Geißler (1996) mit ihrem Handbuch „Die Politisierung des Menschen. Instanzen der politischen Sozialisation“ verfasst. Darin kritisiert Claußen aber zugleich die bisherige Sozialisationsforschung und wirft ihr eine „Kleinschnittigkeit des Zugriffs, [eine] Reduktion auf Aspekthaftes“ sowie den mangelnden Rückbezug auf den allgemeinen Diskussionsstand des Forschungsbereichs vor (Claußen 1996: 17).

Insgesamt zeigt sich, dass durch die partizipatorische Revolution das öffentliche Interesse von der repräsentativen Parteiendemokratie hin zu einer partizipatorischen Demokratie und zur Idee der Zivilgesellschaft wanderte. Es setzte sich zunehmend die Einsicht durch, dass für den Erhalt einer stabilen Demokratie

kritische Bürger, die sich in der Gesellschaft aktiv beteiligen, notwendig sind und dass Jugendliche dabei eine wichtige Funktion als „politische Seismografen“ ausüben (Hurrelmann 2001: 6). Diese Einsicht war auch der Ausgangspunkt der eigentlichen Engagementforschung, von der sich erst ab den 1980er Jahren sprechen lässt. Sie versteht sich als eine Weiterentwicklung der Forschungen zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit, Drittem Sektor etc. und meint mit Engagement ganz allgemein ein individuelles Handeln, das sich durch Freiwilligkeit, fehlende materielle Gewinnabsicht und eine Ausrichtung auf das Gemeinwohl auszeichnet (Priller 2010: 196). Wichtige Gründe für das gestiegene Interesse an diesem bürgerschaftlichen Engagement sind neben der zunehmenden Individualisierung und sozialen Desintegration das geringer werdende Interesse an etablierter Politik und das Schwinden der Leistungsfähigkeit traditioneller Sozialsysteme (Priller 2010: 196). Die Engagementforschung fußt dabei auf der Erkenntnis, dass die Bürger sich dort, wo Staat und Markt versagen, aktiv mit ihren Ressourcen in die Politik und die Gesellschaft einbringen sollen. Das neue Konzept des bürgerschaftlichen Engagements rezipierte dabei auch das Sozialkapitalkonzept Bourdieus, wodurch politische und soziale Partizipation unter dieser neuen Sammelbezeichnung zusammengefasst wurden (Gabriel, Maier 2009: 522). Es integriert zudem Formen konventioneller und unkonventioneller Partizipation und greift dabei die Kritik an dieser Unterscheidung auf. Diese Kritik bezieht sich auf die Feststellung, dass viele in den 1960er Jahren noch unkonventionelle Aktionsformen sich heute bereits als etablierte Form der politischen Beteiligung durchgesetzt haben, Untersuchungen ergaben zudem, dass die Teilnehmer alter und neuer Aktionsformen sich nicht grundlegend voneinander unterscheiden (Gabriel, Maier 2009: 521). Daher wurden inzwischen alternative Formen der Differenzierung von politischen Aktionsformen vorgenommen (z. B. Fuchs 1995).

In der Bewegungsforschung haben sich weiterhin neue handlungsorientierte Ansätze durchgesetzt, die mit dem Ansatz der kollektiven Identität arbeiten (z. B. Melucci 1988). Ein wichtiges Analyseinstrument für Identitäts- und Mobilisierungsprozesse sind Framing-Ansätze, die sich mit der Entstehung von kollektiven Deutungsmustern beschäftigen. Der Framing-Ansatz wurde von Snow, Benford und Kollegen (1986) entwickelt und bringt mobilisierungszentrierte und sozialpsychologische Ansätze zusammen (Golova 2011: 38). Der Begriff des Frames charakterisiert Schemata, die der Organisation und Interpretation von Erfahrungen dienen. In Bezug auf soziale Bewegungen erfüllen Frames die Funktion, eine bestimmte Situation als problematisch und damit als veränderungswürdig zu thematisieren (Hunt et al. 1994: 190). Ein wieder erhöhtes wissenschaftliches Interesse an sozialen Bewegungen ist durch die globalisierungskritische Bewegung und durch die Occupy-Proteste, die sich in der Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise zeigten, festzustellen (vgl. z. B. Andretta et al. 2003; Brinkmann et al. 2013; Doherty et al. 2003; Juris, Pleyers 2009; Mörttenböck, Mooshammer 2012).

Insgesamt lassen sich in der Gegenwart zunehmend interdisziplinäre Ansätze auffinden. So kommt es zu größeren Überschneidungen in der Partizipations-, Bewegungs- und Engagementforschung (vgl. van Deth 2003: 172f.). Auch methodisch lässt sich eine Erweiterung des Spektrums von Untersuchungsmethoden erkennen. Am prominentesten sind nach wie vor quantitative Studien wie die Shell-Studie, das DJI-Jugendsurvey oder das Freiwilligensurvey. Zugleich werden aber auch wieder verstärkt qualitative Methoden verwendet wie Diskurs- und Netzwerkanalysen (z. B. Haunss 2004), Leitfadeninterviews oder auch Inhaltsanalysen (z. B. Hoffmann-Holland 2010) und biografische Methoden. Die qualitativen Methoden eignen sich besonders, um die Motive der Akteure zu ergründen (vgl. Gaiser et al. 2006: 230). Die Biografieforschung ist dabei eine mittlerweile etablierte Methode, die schon in vielen Bereichen gewinnbringend eingesetzt wurde. In der Soziologie wird der Beginn systematischer biografischer Forschung meist in der Studie „The Polish Peasant in Europe and America“ gesehen, die in den 1920ern von den Chicagoer Forschern Thomas und Znaniecki durchgeführt wurde (Fuchs-Heinritz 2009: 88). Bei der Erforschung von politischem Aktivismus und der Beteiligung an sozialen Bewegungen wurde auch die Biografieforschung verwendet (z. B. Andrews 1991; della Porta 1992; McAdam 1989; Roth 2000). Der Vorteil dieser Methode liegt darin, Phänomene wie das politische Engagement im Gesamtzusammenhang der Biografie zu verstehen.

2.1.2 Aktuelle Befunde zum politischen Engagement Jugendlicher

Die politische Partizipation von Jugendlichen hat in der Jugendforschung stets einen hohen Stellenwert eingenommen und ist in zahlreichen größeren Jugendstudien präsent (vgl. die Shell-Studie [Shell Deutschland Holding 2010], den DJI-Jugendsurvey [z. B. Gille et al. 2006], die Civic Education Study der IEA [z. B. Amadeo et al. 2002] oder die EUYOUPART-Studie [z. B. Spannring et al. 2008]). Ein Schwerpunkt dieser Untersuchungen ist die Frage nach dem politischen Interesse der Jugendlichen. So weist Reinders darauf hin, dass dem „großen Interesse der Forschenden an Jugend und Politik ein nur sehr geringes Interesse der Jugendlichen selbst an Politik gegenüber“ stehe (Reinders 2001: 241). Tatsächlich scheint das Interesse Jugendlicher an Politik – wie auch in der Gesamtbevölkerung – in den letzten zwanzig Jahren abgenommen zu haben. Gaben im Jahr 1991 noch 57 Prozent der Jugendlichen an, sich für Politik zu interessieren, so waren es in der Shell-Studie² von 2010 nur noch 40 Prozent (Schneekloth 2010: 131). Mehr als die Hälfte der Jugendlichen finde es zudem für sich persönlich nicht wichtig, sich

² In der 16. Shell-Jugendstudie, auf die sich die angegebenen Prozentzahlen beziehen, wurden 2604 Jugendliche im Alter von 12 bis 25 Jahren befragt (vgl. Schneekloth et al. 2010: 361).

politisch zu engagieren. Es wird daher häufig eine Tendenz zur Politikverdrossenheit und insbesondere eine Distanz zu Parteien bei Jugendlichen konstatiert (Schneekloth 2010: 131).

Auch im internationalen Vergleich sind deutsche Jugendliche weniger bereit, wählen zu gehen, in einer Partei mitzuarbeiten oder sich wählen zu lassen. Die Bereitschaft, soziale Verantwortung für Mitbürger zu übernehmen, ist in Deutschland unterdurchschnittlich ausgeprägt (Oesterreich 2001: 17). Die These von der (vermeintlich) unpolitischen Jugend sei jedoch zu relativieren. So spricht Helsper von einer „Normalisierung des politischen Interesses“, welche nach den politisierenden Ereignissen in den 1970er Jahren und der Wiedervereinigung einsetzte (Helsper et al. 2006). Zugleich sei die Zustimmung zu demokratischen Prinzipien angestiegen (Böhm-Kasper 2006: 53). 83 Prozent halten die Demokratie für eine gute Staatsform (Schneekloth 2010: 138). Außerdem meinen 70 Prozent der Jugendlichen, „es gehört zum Leben dazu, sich dafür zu interessieren, was in der Gesellschaft vor sich geht.“ und 69 Prozent stimmen der Aussage zu, „gerade weil vieles in Arbeitswelt und Gesellschaft falsch läuft, muss man sich dagegen wehren.“ (Gensicke 2010: 214).

Zudem ist ein größeres Interesse an alternativen politischen Themen wie Globalisierung oder Umwelt zu berücksichtigen (Burdewick 2003: 19). Jugendliche verstehen Politik „ganzheitlich – nicht nur intellektuell, sondern auch mit ihrer Seele und ihren Gefühlen [...]. Durch ihre biografische Umbruchsituation verstärkt, setzen sie sich sehr intensiv mit Sinngebungs- und Orientierungsfragen auseinander“ (Hurrelmann 2001: 6). Es handelt sich somit nicht um eine „unpolitische, sondern um eine anders politische Jugend“ (Hurrelmann et al. 2002: 51).

Jugendliche haben kein generelles Desinteresse an Politik, sondern orientieren sich bei der Auswahl der politischen Aktionsformen um. So sind langfristige Mitgliedschaften in Parteien wenig attraktiv, punktuelle politische Events wie Demonstrationen oder Unterschriftensammlungen sind aber weiterhin für die Jugendlichen von Interesse (Hurrelmann et al. 2002: 44). Das Freiwilligensurvey bestätigt zudem, dass sich viele junge Menschen (36 Prozent) in die Zivilgesellschaft einbringen (Gensicke, Geiss 2010: 148).

Eine Repolitisierung der Jugend sei zudem über nicht vorhersehbare Protestbewegungen möglich (vgl. Albert et al. 2010: 50). Aufgrund der Inhalte, Ziele, Aktionsformen und flexiblen Beteiligungsmöglichkeiten sind die neuen sozialen Bewegungen besonders attraktiv für Jugendliche, da sie überwiegend von informellen politischen Gruppierungen getragen werden, die spezifische soziale Probleme thematisieren und häufig mit Mitteln öffentlichen Protests agieren (Gaiser et al. 2006: 225).

Das Engagement Jugendlicher speist sich heute kaum mehr aus dem Gefühl der Verpflichtung gegenüber traditionellen Gemeinschaftsbindungen. Jugendliche handeln im Wesentlichen aus eigenem Interesse heraus (Hurrelmann et al. 2002:

45f.). Die Motive der Jugendlichen haben sich also gewandelt, wie vor allem in qualitativen Studien herausgearbeitet wurde. Besonders attraktiv für Jugendliche sind flexible, zeitlich begrenzte und im Zusammenhang mit besonderen Anlässen stehende Organisationsformen. Die Möglichkeit des sozialen Austauschs und der Aktion mit Gleichgesinnten und Gleichaltrigen werden als wichtige Motive herausgearbeitet. Zudem werden flache hierarchische Strukturen bevorzugt (Gaiser et al. 2006: 230). Zentrale Einflussfaktoren von politischem Interesse sind neben Alter und Geschlecht vor allem Bildung und Herkunftsschicht. Neben der Familie und der Schule kommt vermehrt auch den Medien bei der Vermittlung von politischem Wissen eine hohe Bedeutung bei (Schneekloth 2010: 134).

2.2 Ausgewählte Erklärungsansätze

In Kap. 2.1 wurde bereits das Forschungsfeld umrissen, in dem sich die vorliegende Arbeit verortet. Die folgenden Ausführungen sind nun darauf ausgerichtet, aus den genannten Forschungstraditionen jene Ansätze hervorzuheben, die für die Bearbeitung der Forschungsfragen von besonderer Relevanz sind. Wie bereits dargelegt, ist das Forschungsvorhaben stark explorativ ausgerichtet; es werden also keine Hypothesen oder theoretischen Modelle überprüft. Damit geht eine grundsätzlich andere Einbindung theoretischer Kenntnisse einher. Bei einer rekonstruktiv angelegten Untersuchung wie der vorliegenden Studie liefern sie die analytischen Grundbegriffe und dienen der Schärfung der Forschungsfrage sowie der Einordnung der Ergebnisse, ohne die ein Erkenntnisfortschritt nicht möglich wäre. Dennoch sollten sie „insbesondere bei der Interpretation von empirischem Material zunächst ausgeklammert werden, um nicht der Versuchung zu erliegen, das vorgefundene Material lediglich subsumtionslogisch bereits vorhandenen Kategorien zuzuordnen“ (Przyborski, Wohlrab-Sahr 2010: 44). Eine Theoretisierung des Materials wird dennoch von Anfang an vorgenommen, indem es systematisch konzeptualisiert und Phänomene auf ihre Bedingungen und Konsequenzen hin untersucht werden.

2.2.1 *Das Civic Voluntarism Model*

In einer umfassend angelegten Untersuchung³ gingen die Autoren Verba, Schlozman und Brady (1995) grundlegenden Fragen der politischen Partizipation in der

³ Diese basierte auf Daten aus einem zweistufigen Erhebungsprozess. Zunächst wurde eine auf Repräsentativität ausgerichtete Umfrage mit 15 000 Telefoninterviews durchgeführt. Auf dieser Grundlage

amerikanischen Gesellschaft nach: Inwieweit partizipieren die Bürger? Welche Themen stehen im Vordergrund, wenn sie sich beteiligen? In welchen Formen findet die Beteiligung statt? Wie ist die Partizipation über die ökonomischen Schichten, ethnischen Gruppen und die Geschlechter verteilt? Was sind die Voraussetzungen für Partizipation? Ausgehend von dem Gedanken, dass eine Demokratie auf der Einbeziehung der Bedürfnisse und Interessen aller Bürger basieren sollte, jedoch nur jene Bevölkerungsgruppen in der Öffentlichkeit sichtbar sind und in politische Entscheidungen einbezogen werden, die politisch aktiv sind, legten sie einen besonderen Fokus auf das Problem der partizipatorischen Gleichheit bzw. Ungleichheit.

Die Frage warum Menschen sich *nicht* politisch beteiligen, führte sie dabei zu folgenden möglichen Antworten: „[...] because they can’t; because they don’t want to; or because nobody asked“ (Verba et al. 1995: 269). Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass für politische Partizipation drei Faktorenbereiche zentral sind: Ressourcen, individuelle Motivation und mobilisierende Netzwerke. Diese drei Aspekte integrierten Verba et al. zum ‚Civic Voluntarism Model‘. Inzwischen findet die Unterscheidung der drei Faktorenbereiche in vielen empirischen Studien zum Partizipationsverhalten Anwendung (vgl. u. a. Gaiser, de Rijke 2006).

Individuelle Ressourcen wie Geld, Zeit, Bildung und soziale Kompetenzen werden in der Partizipationsforschung bereits seit langem als zentrale Einflussfaktoren für gesellschaftliche Teilhabe angesehen (vgl. u. a. Almond, Verba 1963). Im Civic Voluntarism Model werden sie als besonders kritischer Faktor hervorgehoben, da sie in ihrer Verfügbarkeit für verschiedene soziale Gruppen stark variieren. So sind Geld, Zeit und politische Kompetenzen höchst ungleich über die Bevölkerung verteilt und tragen damit zu ungleichen Partizipationschancen entlang sozio-ökonomischer, ethnischer oder Geschlechtergrenzen bei (Verba et al. 1995: 288). Viele Formen politischer Partizipation – wie das Spenden für eine Kampagne – können ohne die eigene Verfügung über finanzielle Ressourcen nicht ausgeführt werden. Auch erfordern die meisten Aktivitäten der politischen Beteiligung freie Zeit sowie kommunikative und organisatorische Fähigkeiten. Letztere werden unter dem Begriff der politischen Kompetenzen bzw. der ‚civic skills‘ zusammengefasst. Sie erleichtern nicht nur die Teilnahme an politischen Aktivitäten, sondern tragen auch dazu bei, dass die investierten Ressourcen Zeit und Geld effektiver genutzt werden können. Politische Kompetenzen eignen sich Menschen über den Lebensverlauf hinweg an, beginnend mit der Sozialisation in Familie und Schule. Eine entscheidende Rolle spielt dabei das Bildungsniveau. Eine höhere Bildung geht mit besseren sprachlichen Kompetenzen und mit einem ausgeprägteren Wissen über politische Zusammenhänge und Beteiligungsmöglichkeiten einher. Dar-

wurden 2 500 weitergehende Interviews durchgeführt, wobei darauf geachtet wurde, dass sowohl seltene Formen politischen Engagements als auch ethnische Minderheiten ausreichend vertreten waren.

Politisches Engagement und Selbstverständnis
linksaffiner Jugendlicher

Hillebrand, K.; Zenner, K.; Schmidt, T.; Kühnel, W.;
Willems, H.

2015, X, 211 S., Softcover

ISBN: 978-3-658-08519-3